



# Hintergrundinformation

Nahezu unbeachtet von den europäischen Medien hat die rechtsgerichtete türkische Organisation „Graue Wölfe“ nach eigenen Angaben 2,5 Millionen Unterschriften zur Vertreibung des orthodoxen Patriarchats aus Istanbul gesammelt. Der Vorsitzende der Grauen Wölfe Kemal Kerimdjij erklärte im Juli 2006 gegenüber einer zypriotischen Zeitung: „In zwei Jahren wird es uns gelingen, das Patriarchat zu schließen. Wir wollen seine Anwesenheit auf unserem Territorium nicht.“ Während der türkische Ministerpräsident Erdogan in einer parlamentarischen Versammlung des Europarates Mitte des Jahres noch vor einer zunehmenden Islam- und Fremdenfeindlichkeit in der Welt warnte, in der „wir Muslime uns immer stärker belagert fühlen“, stellte der in Istanbul residierende Patriarch Bartholomäus I., Ehren-Oberhaupt von 250 Millionen orthodoxer Christen, fest, dass sich die Situation der Christen „vom Schlechten zum Schlechteren“ wende.

Nach türkischem Recht muß der griechisch-orthodoxe Patriarch wie prinzipiell alle anderen Geistlichen die türkische Staatsangehörigkeit besitzen. Bei der geringen Zahl der in der Türkei verbliebenen griechisch-orthodoxen Christen wird es zunehmend schwieriger, geeignete türkische Persönlichkeiten als Nachfolger für das hohe Priesteramt zu finden. Zudem erkennt die türkische Regierung Bartholomäus I. nur als Leiter der griechisch-orthodoxen Gemeinde in der Türkei und nicht als geistliches Oberhaupt der orthodoxen Weltkirche (Ökumenisches Patriarchat) an. Da seit der Schließung des griechisch-orthodoxen Theologenseminars 1971 kein Priester mehr ausgebildet werden konnte, steht nach dem Tod von Patriarch Bartholomäus I. zu befürchten, dass die Kirche verwaist und sich der türkische Staat an den Kirchen und an seinen über tausend Jahre zusammengetragenen Werten und Schätzen bereichert. Und nicht nur das Patriarchat hat diese Sorgen:

Weil der Priesternachwuchs fehlt und es ausländischen Pfarrern nicht erlaubt ist, in armenischen, syrisch-orthodoxen oder anderen einheimischen Kirchengemeinden tätig zu werden, sind viele Gemeinden vom Untergang, verbunden mit dem Verlust des Kircheneigentums, also auch der Immobilien, bedroht. Vergleichen wir diese Situation mit der Lage der türkischen Moscheegemeinden in Deutschland, in denen zu Hunderten islamische Geistliche aus der Türkei eingesetzt und zudem neue Moscheen gebaut werden, wird die ungleiche Rechtslage der Christen nur allzu deutlich.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert den EU-Ministerrat auf, angesichts der negativen Entwicklung in der Türkei eine deutliche Klärung der Vorgänge in der Türkei zu verlangen und konsequent auf der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu bestehen. Von der türkischen Regierung fordert die IGFM als Zeichen, dass sie es ernst meint mit ihren Versprechen, die Religionsfreiheit zu achten, die Öffnung des griechisch-orthodoxen Theologieseminars auf der türkischen „Prinzeninsel“ Heybeliada (Chalki).